

FAKTENBLATT

POLITISCHES EMPOWERMENT VON FRAUEN

Politische Repräsentation von Frauen in Niedersachsen

Frauen sind in der Politik nach wie vor flächendeckend unterrepräsentiert – sowohl auf der Bundesebene als auch auf der landes- und kommunalpolitischen Ebene in Deutschland. Daraus ergibt sich ein strukturelles Demokratiedefizit hinsichtlich der politischen Repräsentation von Frauen in Niedersachsen: Wenn über 50 Prozent der Bevölkerung weiblich sind, ist es notwendig, dass diese auf politischer Ebene auch repräsentiert werden. Entscheidungsprozesse, welche alle Menschen gleichermaßen betreffen, müssen zu gleichen Teilen die weibliche und die männliche Sicht berücksichtigen, deshalb ist eine paritätische Besetzung notwendig.

Männlich dominierter Landtag

Die Minister*innenposten der Landesregierung sind paritätisch besetzt, der Frauenanteil im Niedersächsischen Parlament liegt jedoch bei lediglich knapp 35 Prozent (Abb. 1), womit Niedersachsen im bundesweiten Ländervergleich im Mittelfeld liegt. Leider hat sich im Verlauf der letzten Wahlen, trotz weitestgehend paritätisch aufgestellter Wahllisten, kaum etwas geändert. Beispielsweise sind für die SPD fast alle Abgeordneten über Direktmandate in das Parlament eingezogen. 63 Prozent der aufgestellten Direkt-

mandate waren aber männlich besetzt, es muss sich also auch dort etwas ändern.

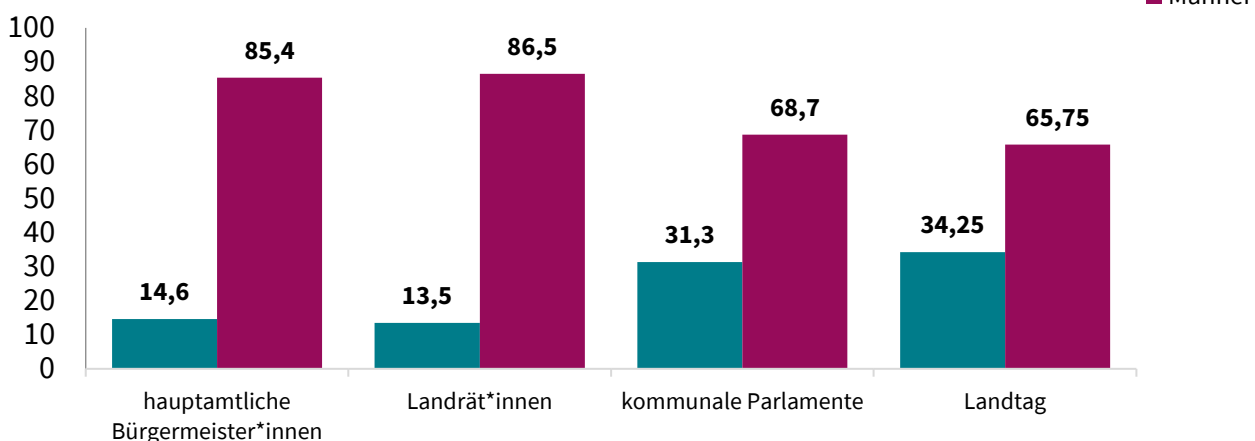
Zu wenig Bürgermeisterinnen

Die Positionen der hauptamtlichen, wie auch ehrenamtlichen Bürgermeister*innen in Niedersachsen sind deutlich männlich dominiert. Während die Mitgliedsgemeinden unter ehrenamtlicher Führung stehen, sind die übergeordneten Samtgemeinden und die Einheitsgemeinden hauptamtlich besetzt. Unter den 403 hauptamtlichen Bürgermeister*innen sind nur 59 Frauen, das entspricht

14,6 Prozent (Abb. 1). Hier ist der Frauenanteil bei den Oberbürgermeister*innen mit rund 29 Prozent noch am höchsten.

Unter den ehrenamtlichen Bürgermeister*innen ist beispielsweise im Bezirk Braunschweig der Anteil von Frauen mit rund 21 Prozent ebenso gering. Auch Landrätinnen sind einsam unter ihren männlichen Kollegen (13,5 Prozent) (Abb. 1). Bürgermeister*innen organisieren das Zusammenleben auf der Ebene, welche den Bürger*innen am nächsten ist. Somit ist eine Repräsentation von Frauen dort besonders wichtig.

Frauenanteil auf verschiedenen politischen Ebenen in Niedersachsen, in %
(Stand: August 2024)



Quelle: Landtag Niedersachsen (2024), Landesamt für Statistik Niedersachsen (2024), BMFSFJ (2024), eigene Darstellung

Aufholbedarf in kommunalen Parlamenten

In den kommunalen Vertretungen liegt der Frauenanteil aktuell bei rund 31 Prozent (Abb. 1). In den Landkreisen und kreisfreien Städten gehen die Prozentzahlen weit auseinander. Während (Stand 2023) in der Region Hannover unter den Mandaten der kommunalen Vertretung fast die Hälfte Frauen (48,8 Prozent) sind und dies der höchste Anteil in Niedersachsen ist, sieht das in Landkreisen wie Lüchow-Dannenberg und Vechta mit 20 Prozent und somit

dem niedrigsten Anteil noch ganz anders aus.

Politische Partizipation von Frauen

In einer Studie¹ zeigt sich: Je urbaner eine Gemeinde ist, desto höher ist der Frauenanteil in der Gemeindevertretung. Dies deckt sich auch mit den Zahlen aus Niedersachsen. Außerdem steigt durch eine hohe Präsenz sogenannter „new left politics“ Parteien (Bsp. die Grünen) die Anwesenheit von Frauen in der kommunalen Politik. Auch die Partizipationsformen sind unterschiedlich². Männer greifen

deutlich häufiger zu formalisierten und institutionalisierten Partizipationsmodi, die Beteiligung über unkonventionelle Formen (z. B. Demonstrationen) hingegen ist relativ ausgeglichen. Im Bereich des „private activism“ (z. B. Spenden für politische und soziale Gruppen) engagieren sich Frauen hingegen häufiger als Männer. Daraus resultierend sind Frauen in Parteien und auch Gewerkschaften unterrepräsentiert. Zur gleichberechtigten Durchsetzung ihrer politischen Interessen ist jedoch ihre Vertretung in politischen Ämtern erforderlich.

DIE FRAUEN IM DGB NIEDERSACHSEN – BREMEN – SACHSEN-ANHALT FORDERN

- Eine gleichberechtigte Repräsentation von Frauen im Niedersächsischen Landtag durch ein Paritätsgesetz zu gewährleisten
- Die Förderung von Frauen in und für (kommunale) politische Ämter beispielsweise mit Mentoring-/ Empowerment-Programmen
- Die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von politischen Ämtern und Familie, da die Arbeitsbedingungen in der Politik häufig nicht mit weiblichen Lebensentwürfen kompatibel sind – beispielsweise die Prüfung der Umsetzung von Elternzeit und ggf. Teilzeitmöglichkeiten in der Ausübung von politischen Ämtern
- Die Beendigung einer politischen Kultur, die von und für Männer gestaltet wird, z. B. durch Festlegung familienfreundlicher Sitzungszeiten, digitale Teilhabemöglichkeiten, etc.
- Die Schaffung von Ansprech- und Unterstützungsstrukturen bei Anfeindungen gegen Politikerinnen (s. u.)
- Politische Maßnahmen zur gerechteren Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern, da fehlende Zeitressourcen ein zentraler Hinderungsgrund für die politische Partizipation von Frauen sind
- Eine paritätische Besetzung auch von Expert*innen- und Krisenstäben sicherzustellen

Infobox: Anfeindungen gegen Trägerinnen politischer Ämter

Frauen, die in der Öffentlichkeit stehen, sehen sich immer wieder Anfeindungen und organisiertem Antifeminismus ausgesetzt, letzteres besonders, wenn sie sich aktiv zu Gleichstellungspolitik äußern. So auch Frauen in der Politik. Um organisiert gegen eine Diskriminierung in der Kommunalpolitik vorzugehen, hat sich bspw. in Lüneburg ein Netzwerk für Niedersachsen aus Bürgermeisterinnen gegründet, um Frauen in der Kommunalpolitik zu stärken und ihre Repräsentanz in politischen Ämtern zu erhöhen.³

Quellen:

¹Elisa Deiss-Helbig (2017), in: Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich, S. 408. Hrsg.: Markus Tausendpfund und Angelika Vetter.

²Nicole Najemnik (2020): Frauen im Feld kommunaler Politik, S. 28–39.

³<https://luene-blog.de/lueneburg-buergermeisterinnen-netzwerk-fuer-niedersachsen-gegruendet/>